

**Schwerpunkte und Probleme der Sicherheitspolitik der SED
sowie Grundfragen der Abwehrtätigkeit des MfS
ab Mitte der 70er Jahre und in den 80er Jahren**

Die von der SED- und Staatsführung für notwendig erklärten Sicherheitserfordernisse wurden, wie bereits dargestellt, besonders in den 70er und 80er Jahren ausgeweitet. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Aufgabenbreite und Verantwortung der Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane.

191

Dennoch spielten seit 1975 Probleme der inneren Sicherheit, erst recht der staatlichen Sicherheit, auf den Parteitage und den ZK-Tagungen kaum noch eine Rolle, abgesehen von den allgemeinen politischen Orientierungen in den bereits genannten »Klassenaufträgen« an die Schutz- und Sicherheitsorgane. Themen zur staatlichen Sicherheit, zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zu inneren Ursachen und Entwicklungen sowie Vorkommnissen auf diesen Gebieten waren erkennbar nicht von Belang für die höchsten Parteigremien. Die im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Tagungsmaterialien seitens des MfS immer wieder unternommenen Versuche, wenigstens ein gewisses Minimum an Aussagen dazu zu erreichen, wurden stets abgeblockt. Die im Rahmen der Informationstätigkeit ständig übermittelten Erkenntnisse und unterbreiteten Vorschläge fanden ebenso keine Berücksichtigung, bestenfalls in allgemeinen Formulierungen, die den Realitäten und Erfordernissen nicht gerecht wurden.

Bereits mit Beginn der 70er Jahre nahm der Einfluß der SED-Führung und vor allem des Generalsekretärs, der zugleich Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR war, auf das MfS wesentlich zu. Im Ergebnis kam es zu einer schrittweisen Erweiterung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten des MfS. In den 80er Jahren verstärkte sich dieser unmittelbare Einfluß von Erich Honecker. Wichtige sicherheitspolitische Entscheidungen wurden von ihm zunehmend allein getroffen. Die Arbeit des MfS war zudem Thema in persönlichen Unterredungen zwischen Erich Honecker und Erich Mielke – meist im Anschluß an die Dienstag-Sitzungen des Politbüros.¹⁹⁸ Damit verbunden wurden auch entsprechende Entscheidungen getroffen. Den Dienstseinheiten im MfS wurden diese dann als »zentrale Entscheidungen« vorgegeben, die exakt zu verwirklichen waren, selbst wenn sie kritisch bewertet wurden.

Nach allgemeinem Kenntnisstand ist durch die politische Führung der DDR bis zum Herbst 1989 keine, alle wesentlichen Seiten der Gesellschaftskonzeption, der gesellschaftlichen Lage und Bedingungen erfassende Analyse erfolgt. Die Lageveränderungen in Europa und ihre Konsequenzen für die DDR, vor allem aber die inneren Entwicklungen wurden nicht zum Ausgangspunkt genommen, um die Gesamtpolitik wirklich neu zu durchdenken, um die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Bereiche Staat, Recht, Ökonomie, Wissenschaft, Bildung und Kultur, Ideologie usw., einschließlich der neuen Sicherheitsbedürfnisse und -erfordernisse, abzuleiten. Nur Insider wußten, daß im Auftrage der Parteiführung gesellschafts- und andere wissenschaftliche Institute und Einrichtungen in Vorbereitung auf den XII. Par-

192

teitag der SED Analysen angefertigt hatten, die aber von der Führung bis zu ihrer Absetzung unter Verschuß gehalten wurden.

Die Grundthese, auf der das Politik-, Geschichts- und Sicherheitsdenken der SED-Führung fußte, wurde zum Dogma. Und das lautete: Die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die umfassende Verwirklichung der ökonomischen Strategie, die Verschärfung der internationalen Lage und die Verstärkung der subversiven Angriffe des Gegners führen objektiv zu höheren und teilweise neuen Sicherheitserfordernissen. In bestimmtem Maße wurde damit auch für das MfS eine Tendenz festgeschrieben, die neuen, höheren Sicherheitserfordernisse würden auch erweiterte und neu hinzukommende Aufgabenstellungen begründen.

Als besonders folgeschwer erwies sich dabei, daß die vor allem aus den inneren gesellschaftlichen Entwicklungen resultierenden Probleme, Konflikte und Widersprüche nicht zu den eigentlich notwendigen Konsequenzen in der gesamten Politik – und damit auch in der Politik zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit – führten. Statt realistischer Analyse der durch die Politik der SED selbst gesetzten Ursachen und Bedingungen für ernste Probleme und Schwierigkeiten, wurden diese vor allem auf äußere Ursachen,

Bedingungen und Einflüsse reduziert, die es unbestritten auch gab und die auch nicht zu unterschätzende Wirkungen hinterließen. Auf die Folgen der gravierenden Defizite insbesondere in der Wirtschaftspolitik, in der Organisation der Arbeit zur Erreichung der Ziele, in der Ökologie, in Handel und Versorgung und bei Dienstleistungen, bei den Reisemöglichkeiten, bei der weiteren Ausgestaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger, in der bewußtseinsbildenden und erzieherischen Arbeit, besonders in der Medienpolitik, auf die immer stärker werdenden Forderungen nach breiterer Mitbestimmung und Mitgestaltung in der Politik und bei der Entwicklung der sozialistischen Lebensverhältnisse wurde zunehmend mit staatlichem Dirigismus und repressiven Mitteln reagiert. Wie die Entwicklung gezeigt hat, wirkte dieses Vorgehen zusätzlich kontraproduktiv.

Um sich ein Bild über die Breite der Aufgabengebiete und Verantwortlichkeiten des MfS zu machen, wie sie sich bis zur Bildung des AfNS im Spätherbst 1989 ergeben hatten – ein Blick auf annähernd vergleichbare Dienste in der BRD: Im MfS wurden Aufgaben wahrgenommen, die in der BRD beispielsweise vom Bundesamt und den Landesämtern für Verfassungsschutz, vom Bundesnachrichtendienst, vom Militärischen Abschirmdienst, vom Bundesgrenzschutz, vom Bundeskriminalamt (besonders Dienstbereich Staatsschutz), vom Bundesamt für Sicherheit der Informationstechnik und anderen staatlichen Organen erfüllt werden. Das betrifft vergleichsweise

193

auch spezielle Schutz- und Sicherungsdienste in Konzernen und Unternehmen sowie private Dienstleister auf dem »freien Markt«, wie Wach- und Sicherungsdienste und Detekteien.

Zum MfS gehörten die Auslands-Aufklärung (HVA), der Schutz der politischen Grundlagen der DDR (faktisch der Verfassungsschutz), die Spionageabwehr in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft, einschließlich der Funkabwehr und -aufklärung, sowie die Abwehr von Terror und anderen schweren Gewaltakten. Dienstseinheiten des MfS waren verantwortlich für den Schutz und die Versorgung der führenden Repräsentanten und ihrer ausländischen Gäste, kurz »Personenschutz« (PS) genannt, sowie für die Sicherung und erforderlichenfalls operative Kontrolle ausländischer Vertretungen in der DDR und deren Mitarbeiter. Zum MfS gehörten das Wachregiment »Feliks Dzierzynski« sowie andere Wach- und Sicherungseinheiten. Zum Aufgabenbereich des MfS gehörte die Sicherung der Volkswirtschaft, des Verkehrswesens und des staatlichen bzw. gesellschaftlichen Eigentums vor Sabotage, Diversion und wirtschaftlicher Störtätigkeit, der Schutz der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR (Militärabwehr), die Sicherung der Organe des MfI und der Deutschen Volkspolizei, der Zollorgane, der Zivilverteidigung, der Kampfgruppen, der Gesellschaft für Sport und Technik, die Bekämpfung des kriminellen Menschenhandels. Zum MfS gehörten von Anfang an Dienstseinheiten, die als staatliche Untersuchungsorgane der DDR strafprozessuale Rechte und Pflichten wahrnahmen. Deshalb gab es im MfS zwar auch Untersuchungshaftanstalten, aber keine Strafvollzugseinrichtungen. Dienstseinheiten des MfS waren verantwortlich für Paßkontroll-, Fahndungs- und Sicherungsaufgaben im grenzüberschreitenden Verkehr. Das MfS sollte im Zusammenwirken mit Organen des MfI und der Deutschen Volkspolizei verhindern, daß DDR-Bürger das Land verließen oder einen Ausreiseartrag stellten.

Das MfS hatte Mitwirkungspflichten bei der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten der schweren allgemeinen Kriminalität, es sollte Beeinträchtigungen der staatlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verhindern, hatte mitzuwirken bei der Vorkommnisuntersuchung und bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen. Die Orientierung des MfS und im Ministerium selbst, immer mehr Aufgaben der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mit wahrzunehmen, darauf aktiven Einfluß zu nehmen – besonders in Reiseangelegenheiten, hinsichtlich des Verlassens der DDR und auf dem Gebiet der Sicherheitsüberprüfungen – hatte vermehrt Aufgaben und Maßnahmen zur Personenaufklärung und -überprüfung zur Klärung der Frage »Wer ist Wer?« (wie im Sprachgebrauch des MfS solche Aufgaben auch charakterisiert wurden) zur Folge. Das wiederum führte in der Zusammenarbeit mit

194

den IM immer mehr zu entsprechenden Veränderungen in der Auftragserteilung und Informationsgewinnung. Damit wurde – um das auf einen kurzen Nenner zu bringen – von den Schwerpunkten zur vorbeugenden Aufklärung

und Bekämpfung subversiver Angriffe und Kräfte in bestimmtem Umfange wegorientiert. Zumindest hatte die zunehmende Orientierung auf derartige Aufgaben und Probleme, die eigentlich zutiefst politischen und gesamtgesellschaftlichen Charakter trugen, und demzufolge auch nur politisch, gesamtgesellschaftlich lösbar gewesen wären, derartige Auswirkungen.

Dem MfS waren Aufgaben auf den Gebieten des Geheimnisschutzes, der Sicherstellung des speziellen Nachrichtenwesens auf den Leitungsebenen der SED und der Regierung und des Chiffrierwesens übertragen. Dienstseinheiten waren mit der konspirativen Post- und Telefonkontrolle, der operativen Ermittlung und Beobachtung (Observation), der Entwicklung und dem Bau von operativer Technik sowie mit kriminalistischer Expertisetätigkeit beauftragt. Das MfS hatte eine eigene Hochschule, die Juristische Hochschule in Potsdam-Eiche, und verfügte über Fachschulen und andere dienstspezifische Ausbildungseinrichtungen.

Aufgrund der zentral festgelegten Eigenverantwortung für alle sicherstellenden Aufgaben hatte das Ministerium auch einen zahlenmäßig starken »rückwärtigen« Apparat. Dazu gehörten Baubetriebe, Reparaturkapazitäten und Handwerker aller einschlägigen Gewerke, um den Dienstbetrieb zu gewährleisten, einschließlich für die Errichtung und die Sicherstellung von Schutzbauten und -anlagen für den Verteidigungszustand. In die eigene Regie fielen Kfz- und Militärtechnik, Bewaffnung und Ausrüstung, einschließlich der Versorgungs- und medizinischen Einrichtungen und von Ferienobjekten für die Mitarbeiter. Das MfS mußte mehr oder weniger seine eigene Organisation und Sicherstellung autark aufrechterhalten, ähnlich wie in den anderen bewaffneten Organen. Dazu gehörte auch, daß die Mitarbeiter im hauptamtlich tätigen Leitungsapparat der SED bzw. von Massenorganisationen im MfS ebenfalls attestierte Angehörige waren.

Unter Bezugnahme auf die vom MfS insgesamt wahrgenommenen Aufgaben wird nicht selten der Vorwurf erhoben, das MfS habe »klassische Felder der Geheimdiensttätigkeit verlassen«, sei nicht mehr im Sinne »klassischer Geheimdienste« tätig gewesen. Nun läßt sich zum einen trefflich darüber streiten, was »klassische Geheimdienstarbeit« ist bzw. sein soll.

Und zum anderen: Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des MfS als sozialistisches Staatssicherheitsorgan konnten niemals nur die eines »klassischen Geheimdienstes« betreffen. Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR und Verantwortung des MfS lassen sich – bei aller notwendigen

195

kritischen Sicht auf die Entwicklung – nicht in eine wie auch immer begründete »klassische« Schablone pressen. Nicht eine von den Staats- und Machtfragen losgelöste »klassische« Betrachtungsweise kann Maßstab sein, sondern die Aufgaben und Erfordernisse als Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgan unter den politischen Bedingungen der DDR und im Rahmen der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, insbesondere des Kalten Krieges.

Die notwendig kritische Sicht auf die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des MfS beinhaltet im Kern: Infolge der Strategie und Politik der SED- und Staatsführung wurden ureigenste Aufgabengebiete des MfS weit in das Vorfeld ausgedehnt und zusätzlich weitere übertragen aber auch selbst übernommen, so daß das MfS zuletzt auch Aufgaben und Verantwortlichkeiten wahrnahm, die nicht mehr als Aufklärungs- und Abwehraufgaben schlechthin anzusehen waren und die auch nur noch bedingt aus der Funktion des MfS als Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgan abzuleiten waren. Sie nahmen – zugespitzt formuliert – immer mehr den Charakter von Ersatzhandlungen für politische Defizite in der Verwirklichung der führenden Rolle der SED an. Und das betraf – wie allgemein bekannt – nicht nur das MfS. Den Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorganen wurden Aufgaben und Verantwortlichkeiten übertragen, die eigentlich durch politische Maßnahmen und Entscheidungen hätten gelöst werden müssen. Auf drängende gesellschaftliche Entwicklungsprobleme, auf unterschiedliche politische Auffassungen und auf ideologische Konflikte, vor allem aber auf die wachsende Unzufriedenheit und kritische Haltung zu bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen und -problemen, wurde immer weniger politisch reagiert. Anstelle von Dialog, von politischem Meinungsstreit und Überzeugung, von notwendigen Maßnahmen zur Veränderung der Lage traten immer mehr Anpassungsdruck und administrative Lösungsversuche,

Disziplinierung und staatliche Repression. Aber damit war das Versagen der Politik nicht zu kompensieren.

Seitens des MfS gab es vielfältige und im wahrsten Sinne des Wortes vielseitige Informationen und Vorschläge an die SED- und Staatsführung, die sicherheitspolitische Fragen berührten, die in bestimmtem Umfang zwar zu sicherheitspolitischen Konsequenzen seitens der SED-Führung und der Regierung der DDR geführt haben – mehr noch hätten führen müssen. Allerdings – und das trifft nicht nur auf die DDR zu – inwieweit sie in die Entscheidungen der politischen Führungsebenen eines Staates einfließen, ist davon abhängig, wie sie betrachtet und bewertet werden. Und wer dann meistens noch über Schattenseiten der Gesellschaft infor-

196

miert, die nicht in das lieb gewordene Bild der Herrschenden passen, die eher als störend empfunden werden, hat nicht die besten Karten. Das traf in vielen Fällen eben auf das MfS zu. *(Zur Informationstätigkeit der Abwehr ausführlicher im nachfolgenden Beitrag.)*

Wie mit Arbeitsergebnissen des MfS umgegangen wurde, das machte auch der letzte Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz, in seinen 1999 erschienenen Erinnerungen »Herbst '89« deutlich: »Anfang Juni (1989 – die Verf.) bekomme ich von Erich Mielke eine streng vertrauliche ›Information über Meinungen der Bevölkerung in der Wirtschaft, im Handel und in der Versorgung«. Darin steht: Viele Bürger glauben nicht mehr, daß in der DDR positive Veränderungen möglich sind. Immer häufiger ist zu hören, daß der Sozialismus sich als unfähig erweist, seine ökonomischen Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Das Leistungsprinzip wird verletzt. Viele Grundmittel sind technisch und moralisch verschlissen. Ökonomische Unzulänglichkeiten werden durch Stoßarbeit an Wochenenden kompensiert. Fehlende Ersatzteile stören den Produktionsablauf. Den Leitungskadern fehlt das notwendige Engagement. Es gibt Anzeichen von Ermüdung und Resignation. Der wissenschaftlich-technische Rückstand der Volkswirtschaft hat sich im Vergleich zu den kapitalistischen Industriestaaten vergrößert. Die DDR muß sich zudem auf wachsende Unberechenbarkeit und Unsicherheit in den wirtschaftlichen Beziehungen mit den RGW-Ländern einstellen. Das Versorgungsniveau der Bevölkerung ist schlechter geworden. Waren, die noch vor Jahren zum normalen Angebot gehörten, sind nur noch über gute Beziehungen oder in Delikatläden erhältlich. Es fehlt an vielen Waren des täglichen Bedarfs. Besonders kritisch ist die Versorgung mit Autos. Die Wartezeiten von bis zu 18 Jahren für den Neukauf eines Pkw Trabant oder Pkw Wartburg sind nicht selten.

Ich rate Mielke, diese Information, die auch die Meinung vieler Parteimitglieder ausdrückt, sofort Erich Honecker zu übergeben. Sie muß schnell auf die Tagesordnung des Politbüros. Ihr Inhalt darf nicht das Wissen einiger Bevorrechteter im Politbüro bleiben. ›Was werden die Genossen im Ministerium für Staatssicherheit, die diese Information ausgearbeitet haben, von dir denken, wenn sie keine Reaktion von der Parteiführung erfahren. Ich werde dich im Politbüro unterstützen«, sage ich ihm.

Mielke unternimmt nichts. Er fürchtet, Honecker könne ihm vorwerfen, das MfS fühle sich ›klüger als die Partei«. Vor mehr als 30 Jahren waren seine Amtsvorgänger Zaisser und Wollweber unter anderem auch daran gescheitert, daß sie angeblich das Ministerium für Staatssicherheit über die Partei stellen wollten. Das hat Mielke nicht vergessen. Es ist in der

197

Geschichte nicht einmalig, daß der Überbringer schlechter Nachrichten für die Nachricht selbst verantwortlich gemacht wird.

So erreicht die Information nur Mittag. Der für Wirtschaftsfragen Zuständige ist nicht daran interessiert, daß diese Wahrheit ungeschminkt ins Politbüro kommt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit die Parteiführung unverblümt informieren, ihre Informationen bleiben aber auf der Strecke. Sie werden entweder vom Generalsekretär nicht weitergegeben oder nicht ernst genug genommen.«¹⁹⁹

(Die Frage bleibt trotzdem offen, weshalb diese Information nur Mittag bekam und nicht auch Honecker?)

Wie aber antwortete Erich Honecker im Frühjahr 1990 in einem Interview auf die Frage, ob er nicht wenigstens vom MfS informiert wurde, wie die Leute wirklich dachten? »Die Berichte vom MfS ... erschienen mir immer

wie eine Zusammenfassung der Veröffentlichungen der westlichen Presse über die DDR. Das sage ich hier in aller Offenheit. Ich selbst habe diesen Berichten wenig Beachtung geschenkt, weil all das, was dort drin stand, man auch aus den Berichten der westlichen Medien gewinnen konnte. So zuverlässig waren die Informationen des MfS für die Partei- und Staatsführung der DDR überhaupt nicht. Und wenn man sich die Berichte bis zum Sommer des vorigen Jahres ansieht, hatte sich an ihrem Charakter diesbezüglich nichts geändert.«²⁰⁰

Erich Honecker ignorierte also die Berichte des MfS, weil er sie angeblich schon aus der Westpresse kannte. Statt die Fakten zur Kenntnis zu nehmen und politisch zu reagieren, gab er sich also der Ignoranz hin. Dieses selbstgefällige Nichtzurkenntnisnehmen der Realitäten hat schließlich mit dazu geführt, was danach als »Wende«, als Einverleibung oder auch als »Unterwerfung« bezeichnet wird.

Wenn hier auf die Sicherheitspolitik der SED und die Konsequenzen vor allem für die Abwehrarbeit des MfS eingegangen wurde, heißt das keineswegs, daß wir unseren eigenen Anteil an der Entwicklung, vor allem an der Durchsetzung dieser Sicherheitspolitik kleinreden wollen. Was das MfS und speziell seine Abwehrarbeit betrifft, so ist klar festzustellen: Ausgehend von der Stellung, den Aufgaben, den Vollmachten eines solch komplexen Organs wie es das MfS war, ist die Schlußfolgerung zwingend, daß es eine sehr große Verantwortung auch für die inhaltliche Ausrichtung der Sicherheitspolitik zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR hatte. Die Führungskader des MfS tragen Mitverantwortung für die Ausweitung der von der SED-Führung begründeten Sicherheitserfordernisse und für das gesamte Sicherheitsverständnis in den 70er und 80er Jahren.